

Vorsitzender Thomas Matthée kommentiert das OVG-Verfahren zum Trianel-Kraftwerk für die Bürgerinitiative Kontra Kohle Kraftwerk (BI KKK). In der Stellungnahme heißt es u.a.:

Arnsberg hat jahrelang Arbeit verweigert

RN 07.12.11

(...) Bereits heute können wir das Fazit ziehen, dass der Natur-, Gesundheits- und Gewässerschutz ohne diesen Prozess mit Füßen getreten worden wäre. Damit hat sich unser aller Einsatz voll gelohnt.

(...) Im Verlauf der Verhandlung stellte sich mehr und mehr heraus, dass selbst zweieinhalb Jahre „Nachsitzen“ nicht gereicht haben, um die Lernfähigkeit der beklagten Bezirksregierung Arnsberg zu erhöhen:

Das Dezernat 53 (Immissionsschutzbehörde), das anfangs komplett auf eine FFH-Verträglichkeitsuntersuchung verzichtet hatte, war mit Expertisen zufrieden, die, wie sich im Prozess zeigte, miserabel waren.

Das Dez. 54 (Wasserbehörde) sah drei Jahre lang keine Veranlassung, die durch EU-Richtlinien festgelegten Verschärfungen insbesondere hinsichtlich der Einträge von Quecksilber durch industrielle Emissionen auch aus der Luft in die Lippe einzuarbeiten und seine am 31. Oktober 2008 erteilte Direktenerlaubnis in diesem Sinne zu ändern. (...).

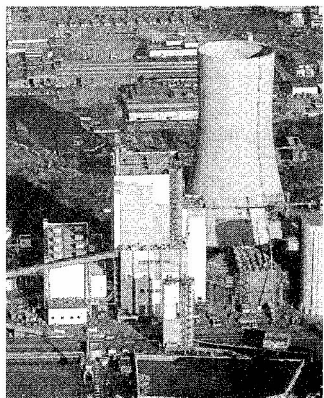
Das Dez. 51 (Landschaftsbehörde) akzeptierte Bodenbelastungsgutachten, die lediglich am Schreibtisch, also ohne jegliche Ortsbegehung, er-

stellt worden waren. Dabei wäre es ohne größere Probleme möglich gewesen, aktuelle, aussagekräftige Bodenanalysen zu erheben.

(...) Wir meinen: Die Bezirksregierung Arnsberg hat jahrelang eine bewusste und beharrliche Arbeitsverweigerung betrieben (...).

Der Prozess hat glasklar gezeigt: Die Beteiligung der Öffentlichkeit ist wichtig und sollte eigentlich im Interesse der Industrie liegen. Mittlerweile ist das Fachwissen innerhalb der Bevölkerung nämlich so groß geworden, dass wir jedem Gutachter raten, bei zukünftigen Projekten ausgezeichnet vorbereitet zu erscheinen und mit belastbaren Unterlagen ins Rennen zu gehen (...).

Nicht Umweltschützer und Bürgerinitiativen stellen den „Wirtschaftsstandort NRW“ in Frage, sondern das besorgen ausschließlich die Politik mit ihrer verfehlten Landes-, Regional- und Kommunalplanung, uneinsichtige Vorhabensträger, nicht belastbare Gutachten und gegenüber der Industrie viel zu milde Genehmigungsbehörden.



Die Trianel-Baustelle am Stummhafen. RN-Foto Neubauer